

Kemfert, Claudia; Kritikos, Alexander

Article

Griechenland: Mit sauberer Energie aus der Krise

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia; Kritikos, Alexander (2019) : Griechenland: Mit sauberer Energie aus der Krise, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 86, Iss. 30, pp. 524-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2019-30-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/202018>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).



Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

CLAUDIA KEMFERT UND ALEXANDER KRITIKOS

Griechenland: mit sauberer Energie aus der Krise

Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin und des Autors wieder.

Seit der Finanzkrise hat kein anderes EU-Land so wenig in eine nachhaltige Energieversorgungsstruktur investiert wie das finanziell angeschlagene Griechenland. Entsprechend unsicher ist die Energieversorgung im Land und bedroht zusätzlich die Wettbewerbsfähigkeit der von der Krise ohnehin gebeutelten griechischen Unternehmen, die mehr für Energie zahlen als ihre EU-Konkurrenten. Griechenland steht daher vor grundsätzlichen Entscheidungen in Bezug auf seine Energiepolitik, insbesondere, inwieweit das Land weiterhin auf fossile oder stärker auf regenerative Energiequellen setzen will.

Griechenland könnte im Bereich der Erneuerbaren viel bewegen. Ressourcen, wie Meer, Wind und Sonne stehen dem krisengeschüttelten Land quasi unbegrenzt zur Verfügung. Es ist Verschwendung, diese nicht mehr zu nutzen als bisher. Über Investitionen in Wasser-, oder Wellenkraftwerke, Solar- und Windparks ist es möglich, die heimische Energieversorgung zum großen Teil sicherzustellen und Überschüsse in die Nachbarländer zu exportieren.

Doch Griechenland plant auch für die Zukunft die Verbrennung von Kohle. Auf den Inseln wird Strom aus klimaschädlichem Diesel gewonnen, der teuer importiert und mit 500 bis 700 Millionen Euro pro Jahr subventioniert wird.

Im Jahr 2010 gab es einen vielversprechenderen Anfang. Dank eines Energiewende-Gesetzes deckte Solarstrom im Jahr 2013 bereits über sechs Prozent des griechischen Strombedarfs, im Bereich Erneuerbaren entstanden 20 000 neue Jobs. Zu der Zeit sprach man in Brüssel und Athen vom vielversprechenden Projekt „Helios“, bei dem Griechenland ab 2015 erneuerbaren Strom bis nach Deutschland liefern sollte. Doch die garantierten Einspeisevergütungen waren zu hoch und fielen der Schuldenkrise zum Opfer. Investitionen in erneuerbare Energien brachen ein, zahlreiche Jobs gingen verloren, Unternehmen haben sich aus Griechenland zurückgezogen. Zwar wurde der Markt für Erneuerbare nach 2015 durch gezielte Programme wieder etwas stabilisiert, er bleibt aber hinter den Möglichkeiten. Bis heute entstammen rund 84 Prozent der Energieproduktion aus fossilen Quellen, Öl wird in großem Umfang importiert.

Die EU als Ganze hat sich aber zum Ziel gesetzt, im Rahmen der Energieunion weniger abhängig von Energieimporten zu werden. Gerade in Griechenland mit seinen großen Potentialen ist das möglich. Dazu braucht es eine stärkere Diversifizierung der Energieträger, vor allem einen Ausbau der erneuerbaren Energien, sowie eine effizientere Nutzung der erzeugten Energie.

Ein Beispiel: Die Inseln können dezentral mit privaten Investitionen insbesondere den Ausbau von Solar- und Windenergie fortführen und durch die Entrichtung angemessener Einspeisevergütungen einen Großteil ihrer eigenen Energieversorgung sicherstellen. Über die Errichtung von immer billiger werden den Energiespeicher ließe sich die Versorgung sicherstellen. Genau für die Planung und Durchführung solcher dezentraler Investitionen benötigen die griechischen Kommunen Beratung und Unterstützung durch die EU.

Mit einer solchen Strategie ließen sich die fossilen Energieimporte in Griechenland weiter senken. Der Ausbau erneuerbarer Energien eröffnet gleichzeitig wirtschaftliche Chancen: Entsprechende Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze, schließlich gibt es auch griechische Produzenten in diesem Bereich, und erhöhen die Wertschöpfung. Auch die Industrie könnte günstiger mit Energie versorgt werden, zugunsten ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Zugegeben, die Rahmenbedingungen für Investitionen in Griechenland sind schlecht, und private Investitionen sind deshalb auch in diesem Sektor zunächst nur begrenzt zu erwarten. Die frisch gewählte Regierung muss die seit vielen Jahren diskutierten angebotsorientierten Reformen zur Steigerung privater Investitionen endlich durchführen. Aber sie muss auch ihre Energiepolitik überdenken. Die knappen staatlichen Mittel, die für den Energiebereich vorgesehen sind, wären als steuerliche Anreize für Investoren in Richtung Energiewende gut genutzt.

Dieser Beitrag ist am 20. Juli 2019 auf capital.de erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

86. Jahrgang 24. Juli 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Jan Stede

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter